

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 116 (2022)
Heft: 6

Artikel: "Hurra, wir werden siegen!" - aber zu welchem Preis?
Autor: Druey, Cécile
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1002444>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Hurra, wir werden siegen!» – aber zu welchem Preis?

Cécile Druey

Ist der Ruf nach – militärischem – Triumph das Einzige, was in diesem zerstörerischen Krieg bleibt? Unter dem Einfluss von Kriegsparolen und der Erfahrung von Gewalt ist auf allen Seiten eine Radikalisierung zu beobachten: in Russland, im besetzten Donbass und in der Ukraine.

«Hurra, wir werden siegen!» – unter diesem Slogan mobilisieren gegenwärtig alle Seiten, die in der Ukraine gegeneinander Krieg führen. Aus Sicht des Kremls in Moskau gilt es, in der Ukraine den westlichen «Nazismus» zu besiegen. Für viele Bewohner*innen der besetzten Gebiete um das ostukrainische Luhansk und Donezk heisst «Sieg» eine durch Russland unterstützte Zementierung der eigenen Staatlichkeit sowie Sicherheit vor der «anderen Seite», als die Kyjiw hier wahrgenommen wird. Und für Ukrainer*innen bedeutet er die bedingungslose Wiederherstellung der territorialen Integrität ihres Landes in den Grenzen von vor

2014. Dass die drei oben erwähnten Interpretationen von «Sieg» kaum miteinander zu vereinbaren sind, liegt auf der Hand. Was aber steht hinter der Idee, die dreimal gleich, aber aus so unterschiedlichen Positionen herausposaunt wird? Was sind die Probleme, die daraus entstehen? Und gibt es in Russland, im Donbass und in der Ukraine Alternativen zu einem kompletten, rein militärischen Sieg? Die folgenden Schnappschüsse aus drei unterschiedlichen Perspektiven sollen ein Denkanstoss für die Suche nach Antworten auf diese Fragen sein.

Russland und der Ruf nach dem «totalen Sieg»

In seinen Reden von Ende Februar ruft der russische Präsident Vladimir Putin zur «Retung» der Bevölkerung des Donbass und zur «Demilitarisierung» und «Denazifizierung» der Ukraine auf. Die Putin'schen Reden sind unterdessen vielfach geteilt und analysiert, und seine Idee des totalen Siegs und die damit verbundenen Befehle zur Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken von Donezk und Luhansk und zur militärischen «Spezialoperation» in der Ukraine sind bestens bekannt, denn sie haben zu einem brutalen Angriffskrieg auf die ganze Ukraine geführt, der die Welt in Atem hält. Irritierend bei Putins Argumentation ist unter anderem, wie er «historische Parallelen» konstruiert: Wie schon 1941 sei Russland auch heute gezwungen, heldenmässig seine Werte und die territoriale Eigenständigkeit gegen einen äusseren Feind zu verteidigen, der andernfalls alles zu verschlingen drohe. Die Propagandamaschine des Kremls hat die Vergangenheit schon seit geraumer Zeit immer gezielter für ihre politischen Ziele instrumentalisiert: Seit Putins Amtsantritt Ende 1999 fand eine graduelle Hegemonisierung des zum «Siegeskult» heraufbeschworenen Diskurses über den Triumph der sowjetischen Armee gegen Nazideutschland statt (1945). Das soll die zentrale Rolle des russischen Staates als Helfer und Retter herausstreichen und kritische Stimmen aus der Vergangenheit, etwa über das Leiden der sowjetischen Bevölkerung unter dem eigenen Regime, ausschalten. Bei Putins Argumentation und seinem Vergleich mit 1945 fällt auf, dass es ihm beim aktuellen Krieg gar nicht in erster Linie um die Ukraine geht (diese wird beispielsweise in der Rede zur Eröffnung der «Spezialoperation» am 24. Februar erst gegen Ende erwähnt). Vielmehr wird die Ukraine als Puffer zwischen den Einflusszonen der Grossmächte instrumentalisiert, wobei es für die russische Führung vor allem

Im Strudel der Sieges- diskurse und der allseitigen Radikali- sierung ist es schwierig, sich gegen den Strom zu stellen.

gilt, der «drohenden Gefahr» des stets weiter nach Osten vorrückenden globalen Westens, verkörpert durch die NATO-Mächte und vor allem die Vereinigten Staaten, zu trotzen.

Bei diesem Ruf nach dem «totalen Sieg» gegen den Westen, nach der Hochhaltung «slawischer Werte» und dem Wunsch nach Anerkennung als Grossmacht ist erstaunlich, auf welch fruchtbaren Boden er in den Reihen der eigenen Bevölkerung fällt: Eine Mehrheit der Bewohner*innen Russlands steht hinter ihrem Präsidenten und erachtet die «Spezialoperation» in der Ukraine als gerechtfertigt, oder zumindest als duldbar. Dies ist zu einem grossen Teil einer aggressiven und geschickten staatlichen Propaganda geschuldet: Nicht nur leistet die allpräsenste «Z»-Symbolik wirksame Mobilisierungsarbeit im Krieg gegen den Westen, sondern auch die sozialen Medien werden zur Kampfzone, in der alle alternativen Informationen über den Krieg abgeblockt oder als «feyk» («fake») gebrandmarkt werden. Parallel zur Propagandamaschinerie fand zudem eine sich in den vergangenen Jahren stetig intensivierende Jagd auf Andersdenkende statt. Gesetze wie dasjenige gegen «ausländische Agenten» (2012) oder dasjenige gegen «Terrorismus» (2021) machen es kritischen Stimmen schwer, sich überhaupt noch ausdrücken zu können, und der Erlass gegen die «Diskreditierung der Streitkräfte» (März 2022) verschärft die Repression der Zivilgesellschaft und der unabhängigen Medien nochmals enorm.

Propaganda und Repression sind aber nicht die einzigen Gründe für die Zustimmung zum Diskurs des «Sieges» in der Bevölkerung Russlands. Ihr grösster Teil ist ganz einfach passiv und apolitisch, am Geschehen in der fernen Ukraine desinteressiert und auf den Kampf ums eigene Überleben konzentriert. Daran dürften auch die westlichen Sanktionen nichts ändern – zu gross sind die historische Leidensbereitschaft und die Fähigkeit der anarchischen Improvisation in der Bevölkerung.

Längerfristig birgt die aggressive Siegespropaganda der Regierung aber erhebliches Gefahrenpotenzial für die Stabilität im Vielvölkerstaat Russland, nicht nur weil die Wirtschaft durch Boykotte geschwächt und viele Russ*innen durch den staatlichen Repressionsapparat in die Emigration getrieben werden. Sondern auch, weil bei einem Andauern des Krieges in der Ukraine die Bekanntmachung von Opferzahlen unter den Soldaten und eine Generalmobilmachung der russischen Armee zu erheblichen Rissen in der Bevölkerung, zur Mobilisierung von bis jetzt uninteressierten

Bürger*innen und zur Bildung eines politischen Untergrunds führen könnte. Was daraus mit grosser Wahrscheinlichkeit resultieren würde, ist allerdings keine Revolution und kein Umsturz des Putin'schen Regimes durch entzürnte Massen, sondern ein zäher, erbitterter Konflikt innerhalb der russischen Gesellschaft zwischen Vertreter*innen verschiedener Weltanschauungen, bei dem sich Mitglieder derselben Familie oder Vertreter*innen derselben ethnischen Gruppe gegenüberstehen.

Siegesdiskurs und Eigenstaatlichkeit in Donezk und Luhansk

In den schon seit 2014 nicht von Kyjiw kontrollierten Regionen im ostukrainischen Donbass, den sogenannten Volksrepubliken von Donezk und Luhansk, wird inhaltlich der gleiche Siegesdiskurs vermittelt wie in Moskau, grösstenteils dankbar und unkritisch aufgesogen von einer Bevölkerung, die zunehmend zum Spielball äusserer Mächte geworden ist. Was bedeutet es, wenn die Lehrerin einer Donezker Sekundarschule im Klassenchat ihren Schützlingen zum 9. Mai gratuliert: «Wir haben 1945 gesiegt, und wir werden auch heute siegen! Hurra!»? Ist es echter Militarismus und gezielte Indoktrinierung von Kindern, oder ist es einfach nur Naivität, oder Ausdruck der eigenen Ohnmacht?

Vor gut acht Jahren noch war Donezk eine blühende Millionenstadt mit Wirtschaftsbeziehungen und Verwandtschaftsnetzwerken in der ganzen Ukraine. Heute liegt es auf der anderen Seite einer neuen, innerukrainischen Grenze. Ein Grossteil der Bevölkerung ist ausgewandert, und die Zurückgebliebenen leben seit acht Jahren unter Beschuss und im Krieg gegen die einstige Heimat. Gleichzeitig wurde tatkräftig am eigenen Staat gebaut: Mit der Unterstützung Russlands schuf man Institutionen, ein eigenes Erziehungswesen, Telefon- und Fernsehnetze und eine Armee – und die Wirtschaft wurde auf den russischen Rubel umgestellt.

Dieser Status zwischen den Fronten, gekoppelt mit den schmerzhaften Erfahrungen des Krieges von 2014, hat zu vielen Problemen und zu einer zunehmenden Abkoppelung der Regionen vom Rest der Ukraine und einer Hinwendung zu Russland geführt. Das Leben wurde für die Bewohner*innen komplizierter. Man musste lange Wartezeiten und Umwege in Kauf nehmen, wenn man auf die andere Seite der neuen inneren Grenze gelangen wollte. Dennoch wäre eine friedliche Reintegration der Regionen um Donezk und Luhansk in die Ukraine – oder eine friedliche definitive

Trennung von ihr – bis zum letzten Moment möglich gewesen. Völkerrechtlich gehörten und gehören sie immer noch zum Territorium der Ukraine, nicht zuletzt auch durch ihre Teilnahme an den von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 2014 ins Leben gerufenen Friedensgesprächen, dem «Minsker Prozess».

Mit Russlands unilateraler Anerkennung der beiden «Volksrepubliken» als unabhängige Staaten und viel mehr noch mit dem Beginn des Militärschlags gegen die Ukraine Ende Februar 2022 ist eine verhandelte Lösung für Donezk und Luhansk jedoch in weite Ferne gerückt: Auch hier dominieren im allgemeinen Schlachtgetümmel nun die Hardliner, die nach einer rein militärischen Lösung rufen. «Hurra, wir werden siegen!» Wenn dieser «Sieg» für Moskau jedoch den Triumph über Nazideutschland und über den globalen Westen bedeutete, so geht es in Donezk und Luhansk in erster Linie um die Zementierung der eigenen Staatlichkeit und um eine definitive Ablösung von Kyjiw. Dass diese mit militärischer Gewalt, der gegenseitigen Zerstörung von Infrastruktur und unter zahlreichen menschlichen Opfern auf beiden Seiten geschieht, ist umso tragischer, als sich an dieser innerukrainischen Front nicht selten Verwandte, ehemalige Freund*innen oder Klassenkamerad*innen gegenüberstehen, mit denen man irgendwann, falls man überlebt, das friedliche Zusammenleben wieder vollkommen neu erlernen muss.

Absoluter Sieg und Ausschaltung politischer Gegner in der Ukraine

Der in den Vereinigten Staaten lehrende ukrainische Politologe Serhi Kudelia hat im Interview mit der NZZ (11. Mai 2022) kürzlich deutlich vor einem neuen Abdriften der Ukraine in Richtung Autoritarismus gewarnt. Schuld daran seien nicht nur der Zentralisierungswille und die erlahmende Reformfreudigkeit von Präsident Selenskyi, sondern auch der dominante «Hurra»-Diskurs in der Bevölkerung, der einen kompletten (militärischen) Sieg der Ukraine gegen Russland und seine Stellvertreter im Donbass fordere, ohne Rücksicht auf zivile Opfer und die Schäden an staatlicher Infrastruktur, die daraus entstehen.

Dieser Ruf nach dem «kompletten Sieg» ist schon vor dem russischen Einmarsch durch eine kleine, aber einflussreiche Minderheit unter den ukrainischen Eliten laut geworden. Seit vergangenem Februar wurde er aber zum absoluten, alles beherrschenden Masterdiskurs, der von niemandem und nirgends

Widerrede duldet – weder im eigenen Land noch von der internationalen Gemeinschaft und von Verbündeten in westlichen Staaten. Diese Hegemonisierung des Siegesdiskurses in der Ukraine führte dazu, dass erfahrene Friedensstifter*innen, die sich einst für inklusive Verhandlungslösungen eingesetzt hatten, plötzlich zu radikalen Verfechter*innen von Militärschlägen und unilateralen Entscheidungsstrategien wurden. Auch innenpolitisch ist seit dem Einmarsch der russischen Truppen kaum noch etwas anderes als der Kurs auf einen «kompletten Sieg» durchsetzbar; paradoxerweise, denn laut Kudelia bringen sich die Ukrainer*innen so um das eigene Mitspracherecht und um die in den vergangenen Jahren zäh erkämpften demokratischen Errungenschaften: «In Kriegszeiten begrenzen zwar sogar die stärksten Demokratien die Meinungsfreiheit. Aber die Ukraine ist eine schwach entwickelte Demokratie mit erheblichen Defiziten bei der Gewaltentrennung. Da Selenskyi eine Parlamentsmehrheit hat, sind diese Defizite unter ihm sogar noch gewachsen. Je länger der Krieg dauert, desto stärker ist die Demokratie bedroht. [...] [Aber] das Problem ist, dass die meisten bereit wären, einen autoritären Präsidenten in Kauf zu nehmen, solange er keine Zugeständnisse an Russland macht.»

Diese Entwicklung in Richtung Autoritarismus und unilaterale Entscheidungsformen ist gefährlich, weil sie die Zementierung der geopolitischen Gräben weiter vorantreibt und dadurch die Möglichkeit eines Waffenstillstands und einer schnellen Lösung des Konflikts mit Russland in weite Ferne rücken lässt. Stattdessen beisst man sich in seinen Positionen im Osten des Landes fest und ergibt sich einem langen, opferreichen Abnutzungskrieg mit Russland, bei dem beide Seiten erst zu Zugeständnissen bereit sind, wenn sie schlichtweg zu erschöpft sind, sich dagegen zu wehren. Letztlich gibt es dann in diesem Krieg auf allen Seiten nur Verlierer*innen – egal von wem noch wie viele Siege verkündet werden.

Alternative Wege

Im Strudel der unilateralen Siegesdiskurse und der allseitigen Radikalisierung ist es schwierig, sich mit alternativen Ideen und Vorschlägen für Kompromisse und Verhandlungslösungen gegen den Strom zu stellen. Dies ist eine in der Konfliktforschung leider nur allzu oft beobachtete Entwicklung, da gerade die unmittelbare Erfahrung des Konflikts und die daraus entstehende Bedrohung für Leib und Leben – und für das Überleben des eigenen Staates, wie das im

Fall der Ukraine stark zum Ausdruck kommt – wenig Raum lässt für differenzierte Zwischentöne. Im Gegenteil, es wird von jedem* jeder eine klare Positionierung bis hin zur Verleugnung der eigenen Identität verlangt. Ein Beispiel hierbei sind die jüngsten Entwicklungen in der Wissenschaft: Forschende, die den Krieg zwar an den Pranger stellen, aber sich weigern, politisch Stellung zu beziehen oder den Kontakt zu Kolleg*innen in Russland abubrechen, werden auch in Westeuropa klar verurteilt, alte Freundschaften werden gekündigt, die akademische Professionalität wird aberkannt.

Dennoch ist es wichtig, dass gerade in der Wissenschaft Stimmen ohne politische Position, die sich zwischen den Polen bewegen, Raum finden. Einerseits weil eine Welt der propagandistischen Siegesdiskurse und unilateralen Wahrheiten immer nur höchstens die Hälfte des real Geschehenen zu erzählen vermag: Wo hat etwa im Ruf «Nieder mit allen Russen!» die Geschichte der Petersburger Soldatenmutter Platz, die dank ihres mutigen Einsatzes nicht nur ihren eigenen Sohn, sondern mit ihm auch noch vierzig andere, illegal an die Front geschickte russische Rekruten aus der Ukraine zurückholte? Oder was macht die Aussage «Im Donbass sitzen lauter Kriminelle» mit der Sozialarbeiterin aus Donezk, die Tag für Tag auf eigene Kosten aus Mariupol evakuierte Kinder nach Polen fährt, damit sie von dort aus mit ihren Verwandten in der Ukraine wieder zusammengeführt werden können? Oder was macht die Haltung «Jegliche Meldung von ziviler Zerstörung in der Ukraine ist fake» mit dem Bild der Pianistin im Kyjiwer Vorort Irpin, die auf ihrem verstaubten, aber wie durch ein Wunder von den Bomben verschonten Flügel gegen die sie umgebende Zerstörung anspielt? Es sind aber genau solche Zwischentöne und solche Geschichten, die die andere Seite nicht pauschal verurteilen und als monolithisches Ganzes darstellen, die helfen, Gedanken, Kontakte und Netzwerke aktiver oder potenzieller Zusammenarbeit zu erhalten. Irgendwann in der Zukunft werden sie wieder wichtig sein: für den Wiederaufbau und für eine Normalisierung der Beziehungen unter Menschen, die zusammen in dieser zerstörten Umgebung leben müssen. ●

- Cécile Druey, *1973, forscht am Historischen Institut der Universität Bern zu den Konflikten im post-sowjetischen Raum. Darüber hinaus ist sie seit vielen Jahren in der Friedensförderung aktiv, unter anderem bei der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace (2011 bis 2017) und als Mitstreiterin der «Women's Initiatives for Peace in Donbas/s (WIPD)» (seit 2014).